

(14.12.2010) Kritik am Aktienkauf nun auch von den Liberalen - Kritik am Aktienkauf nun auch von den Liberalen

Bundestagsabgeordnete Skudelny hat Zweifel am EnBW-Geschäft

Von Arnold Rieger

STUTTGART. Nicht nur die Landtags-Opposition geht auf Distanz zu dem von Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) eingefädelten Kauf von 45 Prozent EnBW-Aktien. Auch bei den Liberalen regt sich, obwohl sie im Südwesten mit am Regierungstisch sitzen, allmählich Kritik. Nachdem die Jungen Liberalen das Geschäft vergangene Woche als "ordnungspolitischen Sündenfall" bezeichnet hatten, schlug am Montag die Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny in dieselbe Kerbe.

Die Anwältin aus Leinfelden-Echterdingen bezeichnete aber auch die Umstände des Geschäfts als "befremdlich". Wenn man die Lehren aus Stuttgart 21 ernst nehme, müsse man auf Transparenz setzen. Beim Kauf der EnBW-Aktien bestehe aber "noch viel Luft nach oben".

Als "äußerst riskant" wertet Skudelny die Finanzierung des Geschäfts über Kredite: "Ein Aktienkauf, der nur durch Kreditaufnahme finanziert ist, macht den Erwerber komplett von der aktuellen Wirtschaftssituation abhängig." Für einen staatlichen Einstieg müsse es sehr gute sachliche Gründe geben. Die Grünen kritisierten, Mappus habe das Geschäft eingefädelt, ohne es unter einen Parlamentsvorbehalt zu stellen. Der Landtag muss der Bürgerschaft, die insgesamt 5,9 Milliarden Euro umfasst, noch zustimmen. Parteichefin Silke Krebs sagte am Montag, Mappus wolle das Milliardengeschäft überhastet abwickeln und lasse die notwendige Transparenz vermissen.

Die Regierung wies die Kritik zurück. Das geltende Haushaltsrecht werde eingehalten. Mappus will den Finanzausschuss des Landtag am heutigen Dienstag über Einzelheiten unterrichten, für Mittwoch hat er eine Regierungserklärung angekündigt.

Krebs kritisierte, dass auch das finanzielle Volumen des Deals nicht klar sei. Während bisher von 4,7 Milliarden Euro die Rede gewesen sei, weise der Gesetzentwurf nun 5,9 Milliarden aus. Die Fragezeichen hinter dem Kauf würden immer größer.

Regierung sieht sich auf der sicheren Seite